
Umkämpfte Entwicklung und Widerständigkeiten

Aufwertung und Verdrängung in Rio de Janeiro

LUISE MEYER

Vom «Entwicklungsland» zum «Global Player» – diese Entwicklung vollzog Brasilien mit dem ursprünglich linksgerichteten Präsidenten Lula da Silva an der Regierung. Stabiles Wachstum, verringerte Armutszahlen und ein starker Rückgang der Auslandsverschuldung kennzeichnen seit Lulas Amtsantritt im Jahre 2003 den Aufwärtstrend des südamerikanischen Landes. Auch für Auslandsinvestitionen ist es deswegen zu einem beliebten Ziel geworden.

Lula, der ehemalige Vertreter der «sozialistischen Alternative», führte das Land in eine neokeynesianische Wachstumspolitik, basierend auf staatlichen Investitionen in soziale und ökonomische Infrastruktur. Gesetze, um den gravierenden Missständen der Wohnsituation der urbanen Armen zu begegnen, wurden jedoch weder unter Lula da Silva noch unter der jetzigen Präsidentin Dilma Rousseff umgesetzt. Im Gegenteil: Den städtischen sozialen Bewegungen brachte die Regierung der Arbeiterpartei (PT) gegenüber den Vorgängerregierungen einen starken Bedeutungsverlust. Als die PT noch in der Opposition war, setzten sich soziale Bewegungen noch dafür ein, dass nicht Boden- und Immobilienrenten die Stadtentwicklung bestimmen sollten, sondern eine «soziale Funktion der Bodennutzung» durchgesetzt würde. Unter den Regierungen Lula und Rousseff verloren die Diskussionen über die Bodenfrage und das «Recht auf Stadt» jedoch an Stellenwert. Die Teilnahme der urbanen sozialen Bewegungen am Staatsapparat führte zum Verlust ihres offensiven Charakters und somit zur Schwächung ihrer Kräfte. Die Stadtentwicklung orientiert sich heute mehr denn je an den Anforderungen einer effektiven Nutzung städtischer Räume im Sinne kapitalistischen Wachstums und Akkumulation.

Rio de Janeiro gehört mit der weltweit höchsten Investitionsrate pro Quadratkilometer (in den Jahren 2011–2013) zu den wirtschaftlich dynamischsten Städten überhaupt. Für den brasilianischen Staat spielt die Stadt eine zusätzliche Rolle. Sie gilt als repräsentatives Eingangstor der südamerikanischen Großmacht und ist – insbesondere im Zusammenhang mit den anstehenden sportlichen Großereignissen Männerfußball-WM und Olympia – schon jetzt ihr nationales Aushängeschild. Im nationalen und internationalen Wettbewerb um Investitionen, kaufkräftige Touristen und qualifizierte Arbeitskräfte sind die Entscheidungsträger deswegen bemüht, anhand von «Branding»-Konzepten die Einzigartigkeit der *Cidade Maravilhosa* gegenüber anderen Metropolen zu demonstrieren.

Besonders die 2014 und 2016 anstehenden sportlichen Großveranstaltungen zielen darauf ab, Rio de Janeiro als wirtschaftlich relevanten Standort und Ziel ausländischer

Investitionen zu bewerben. Die Mega-Events bieten dabei Gelegenheit zu einer Neudefinition des Stadtimages, das in den letzten Jahren vor allem durch horrende Gewalt und das enge Nebeneinander von Luxusstadtteilen und Armenvierteln geprägt war. Die Vermarktung von «kultureller Vielfalt» und landschaftlicher Ästhetik und die Senkung der Gewaltraten in den Gegenden der oberen Einkommensklassen sollen der Stadt zu einem besseren Geschäftsklima verhelfen. Die Mega-Events legitimieren weitreichende urbane Interventionen wie den Bau neuer Straßen oder die «Revitalisierung» der Hafenzonen in Form des Projektes *Porto Maravilha*.

Mehrere Favelas – Wohnorte niedriger Einkommensklassen mit informellem Rechtsstatus – stehen der Realisierung von solchen Großprojekten und der Aufwertung bestimmter Stadtgebiete im Weg. Im Gegensatz zu den geschichtlich wiederkehrenden großflächigen Räumungen der Armenviertel aus dem Zentrum der Stadt, führen die urbanen Transformationen der Gegenwart nur in einigen Fällen zur kompletten Zerstörung der Nachbarschaften. In der Hafenzonen der Stadt wird heute eine andere Strategie des Umgangs mit den gesellschaftlich unerwünschten Favelas verfolgt: sie werden durch sog. Reurbanisierungsmaßnahmen «entwickelt». Die gewaltsame Räumung einzelner Häuser und die Umsiedlung unterer Einkommensklassen wird damit begründet, es müsse urbane Infrastruktur in die Favelas einziehen, und sie wird vom politischen Versprechen sozialer Häuserbauprogramme begleitet. Die Integration der Favela in das Aufwertungsgebiet *Porto Maravilha* als Visitenkarte der Stadt geht mit dem Diskurs von Entwicklung und verbesserten Lebensbedingungen für die Armen einher.

Morar Carioca

Seit der Entstehung der ersten Favela in der Zeit des Übergangs von der Sklaverei zur kapitalistischen Produktionsweise galten ihre Bewohner stets als illegale Eindringlinge. Da sie über kein rechtliches Bodeneigentum verfügten, wurden sie zu Menschen «zweiter Kategorie» gemacht, denen lediglich eingeschränkte Rechte zugestanden wurden. Innerhalb der Mittel- und Oberschicht halten sich seitdem Vorstellungen von den Armenvierteln, welche diese als gesundheitliches, ästhetisches oder polizeiliches Problem konstruieren. Die Favela wird als «krebsartiges» Phänomen, als «ansteckende Lepra» dargestellt, die das Stadtbild verschmutzt. Jede politische Maßnahme in bezug auf die Stadtviertel der unteren Einkommensklassen hat ihre Bewohner zu Objekten der Entscheidung gesellschaftlicher Eliten gemacht. So dienten die informellen Favelas nicht nur als Mechanismus für die Reproduktion billiger Arbeitskraft, sondern auch zum Erhalt der Herrschaftsbeziehungen zwischen dem kontrollierten Raum Favela und dem Raum der herrschenden Klasse.

Die Erfahrungen mit dem Reurbanisierungsprojekt *Morar Carioca* im Morro da Providência spiegeln die Kontinuität der Ausschluss- und Entrechtungsmechanismen wider, mit denen die Bewohner der informellen Viertel nach wie konfrontiert sind. Die Fortsetzung historisch bestehender Machtverhältnisse zeigt sich deutlich an der politischen Inkaufnahme von Verletzungen der Rechte der Favelabewohner, die im Zusammenhang mit dem Entwicklungsprojekt beklagt werden. Trotz stetiger Wachstumswahlen und sin-

kender Armutsraten werden die größtenteils erwerbstätigen Menschen mit Hilfe neuer Strategien zu «Nichtbürgern» gemacht.

Die Interventionen im Rahmen von *Morar Carioca* sind Teil der «Revitalisierungs»-Pläne der Hafenzonen: Im Herzen der Favela Morro da Providência sollen 5 Quadratkilometer Hafensfläche privatisiert und durch neue Immobilien aufgewertet werden, Zufahrtswege geöffnet, eine Seilbahn und eine Rolltreppe gebaut werden. Weitere Maßnahmen, die die Stadtverwaltung für die Verbesserung der strategisch-repräsentativen Funktion der Hafenregion anstrebt, bestehen in einer Minderung der Bevölkerungsdichte der Favela sowie in der Öffnung von Aussichtsmöglichkeiten, die auf dem Morro da Providência zu den schönsten der Stadt zählen.

Um diese Vorhaben zu ermöglichen, veranlasste die Stadtverwaltung die Räumung von 671 Häusern, ohne deren Besitzer vorher hierüber zu informieren. Für die Verantwortlichen war das ein «kleines Kommunikationsproblem» infolge fehlenden Dialogs. Die Bewohner empfanden das als eine Verletzung ihrer Rechte und als Ausdruck von Gewalt und Respektlosigkeit durch die Regierung. Sie berichteten vom gewaltsamen Vorgehen der staatlichen Institutionen, dem strukturellen Ausschluss der Bewohner von Entscheidungsprozessen, der Geheimhaltung von Informationen und von Einschüchterungsversuchen. Immer wieder wird ihnen suggeriert, sie hätten aufgrund fehlender Besitztitel keine Rechte, die Aufgabe ihres Wohnorts sei unumgänglich. Für viele der seit Generationen ansässigen Familien hätte das materiell negative Auswirkungen, würde aber auch die Zerstörung sozialer Netze, Nachbarschaften und Familienstrukturen implizieren. Dass der Wohnort zentral liegt, bedeutet Nähe zur Schule, zu den Transportsystemen sowie zum Ort der Arbeit. Die Favela ist für ihre Bewohner die einzige Möglichkeit, im Zentrum der Stadt leben zu können, wo die Grundstückspreise sonst schwindelerregende Höhen erreicht haben. Sie ist der einzig mögliche Zugang zu den städtischen Ressourcen und Qualitäten.

Die bereits erbaute Seilbahnstation verkörpert in diesem Prozess nicht nur die Präsenz der übergeordneten staatlichen Macht, die die Favela und ihre Bewohner als Subjekte der Stadt negiert und ihre Interessen politischen und ökonomischen Zielen unterordnet. Sie steht auch für die Fähigkeit der staatlichen Strategie, innerhalb der Favela verschiedene Interessen anzusprechen und dabei die Nachbarschaft zu spalten. Indem die Menschen sozial voneinander isoliert wurden, konnte zumindest anfänglich die Bildung eines kollektiven Interesses für Widerstand verhindert werden. Die Bewohner wurden als Ganzes von der Entscheidung über die Zukunft ihres Viertels und die eigene Wohnsituation ausgeschlossen, dabei wurde gravierend gegen gesetzliche Standards verstoßen. Dennoch glauben einige Bewohner, dass nun die lang ersehnte «Entwicklung» kommen wird, in vielen Fällen wird das Projekt passiv hingenommen oder gar befürwortet. Die Hegemonie des staatlichen Entwicklungsdiskurses wirkt in einem solchen Maße, dass repressive Gewalt nicht einmal erforderlich ist. Dennoch hat das Zusammentreffen der widerstreitenden Interessen des Staates und der von Räumung betroffenen Bewohner zu einer Mobilisierung widerständiger Praktiken geführt und den Morro da Providência seitdem zu einem hoch umkämpften Terrain verschiedener sozialer Kräfte gemacht.

Praktiken des Widerstands

Wird von Widerstand in und aus der Favela gesprochen, so ist zu bedenken, dass schon die illegale Besetzung von städtischem Boden durch untere Einkommensklassen implizit als Praxis des Widerstands gegen die kapitalistische Ordnung der städtischen Bodennutzung betrachtet werden kann. Diese Praxis bedingt auch, dass die meisten Favelas bis vor kurzem ohne gesetzlich dokumentiertes Privateigentum an städtischem Boden existierten und dadurch größtenteils vom formellen Bodenmarkt noch nicht in Wert gesetzt wurden.

Dennoch werden die Armutsviertel der Metropolen häufig als Anomalie betrachtet, die über kein emanzipatorisches Potenzial verfüge. Dabei kam in der Vergangenheit in den Favelas in Rio de Janeiro wiederholt Widerstand gegen Räumungen aus dem Stadtzentrum auf. Die Anwesenheit von NGOs trug in den folgenden Jahren allerdings eher zur Entpolitisierung und Kooptation des Favela-Aktivismus bei, ebenso wirkte die Forderung nach sozialer Inklusion zunehmend negativ auf die Mobilisierung kritischer Stimmen.

Verschiedene Faktoren wirken sich auch heute hemmend auf die Artikulation von Widerstand gegen das Regierungsprojekt aus: psychologischer Druck durch Akteure der Stadtverwaltung und innerhalb der Nachbarschaft; die Sorge, den Anspruch auf die von der Regierung gebotene Sozialmiete zu verlieren; die permanente Präsenz von Drogenhandel und Polizei und die damit einhergehende Angst vor Gewalt und Repression. Dennoch gibt es Bewohner, die sich energisch gegen den drohenden Verlust ihrer Häuser und Nachbarschaften wehren und ihr Recht einfordern, nicht aus dem zentral gelegenen Viertel und ihren dort lokalisierten Lebensbezügen vertrieben zu werden. Sie fordern, an der Stadt und den städtischen Entwicklungsprozessen teilhaben zu dürfen und nicht in dem Moment gehen zu müssen, in dem die lang erwarteten staatlichen Investitionen in die Verbesserung der Infrastruktur Realität werden. Obwohl in den Protesten nicht konkret formuliert, existiert unter den Bewohnern die Vorstellung eines Rechts auf Stadt, welches das Recht auf die Chancen und Möglichkeiten des Zentrums, auf die Qualitäten und Ressourcen der Stadt beinhaltet, die sich in dem Konzept des marxistischen Philosophen Henri Lefebvre wiederfinden.

Die Bewohner fordern Schulen, Gesundheitseinrichtungen und Sanitärinfrastruktur und machen damit deutlich, dass sie in der Favela leben wollen und nicht in einem Wohngebäudekomplex, der von den Entscheidungsträgern als vermeintliches Zugeständnis an das «Recht auf Wohnung» propagiert wird. Darüber hinaus veranschaulichen ihre Forderungen, dass «Entwicklung» im Sinne der Verbesserung der Lebensbedingungen andere Interventionen erfordert als die staatlich verordneten Projekte dies im Rahmen von *Morar Carioca* vorsehen.

Einige Bewohner haben sich deshalb geweigert, die Vertreter des Bauamts für Messarbeiten in ihre Häuser zu lassen, sie boykottierten die vom Bauamt wiederholt veranlassenen Einberufungen, lehnten die Enteignung und den Übergang in die Sozialmiete ab. Darüber hinaus entstanden organisierte Formen des Widerstands gegen das staatlich forcierte Entwicklungsprojekt Hafenregion.

Interaktion mit sozialen Kräften von außen

Eine große Rolle im umkämpften Prozess der Transformation im Morro da Providência spielen Akteure anderer sozialer Klassen von außerhalb der Favela. Dabei haben das *Fórum Comunitário do Porto* und die *Grupo de Educação Popular (GEP)* unterschiedliche politische Zugänge zur Frage nach den Widerstandsformen entwickelt. Auch diese sind also gewissermaßen umkämpft: Während das *Fórum Comunitário do Porto* hauptsächlich für die Einhaltung der bürgerlich-demokratischen Rechte der Favelabewohner eintritt, liegt der Ansatz von GEP in einer grundsätzlichen Infragestellung hierarchischer sozialer Beziehungen und bürgerlicher Institutionen, die diese hervorbringen. Die Gruppe kritisiert die akademisch geprägte Struktur des Protestforums als Raum, der gesellschaftliche Machtstrukturen reproduziert und eine Emanzipation der Favelabewohner von ihrer historischen Rolle als allzeit «Bevormundete» im Interesse der gesellschaftlichen Eliten verhindert.

Das *Fórum Comunitário do Porto* war vor allem bis zum Ausbruch einer landesweiten Protestwelle im Juni des Jahres die öffentlich am stärksten wahrgenommene Artikulation des Widerstands in der Hafenzone. Es gründete sich mit Beginn der Bautätigkeit der Stadtverwaltung im Morro da Providência und umfasst sowohl Bewohner der Region als auch Forscher, politische Mandatsträger, NGO-Vertreter und Studierende. So wichtig wie das Fórum für die Widerstandspraxis in der Region war, so ambivalent ist jedoch auch seine Rolle als Akteur im Prozess der Mobilisierung und Politisierung der Bewohner. Es war maßgeblich an der Entstehung organisierter Formen des Widerstands im Morro da Providência und an der Weckung nationaler und internationaler medialer Aufmerksamkeit am Konflikt beteiligt. Es stellte einen Raum dar, in dem regelmäßig Debatten über die Räumungen und das Entwicklungsprojekt *Porto Maravilha* stattfanden. Dieser Raum war wichtig für die Mobilisierung, weil er den kollektiven Austausch der Betroffenen ermöglichte und damit zur Überwindung der staatlich forcierten Individualisierung der einzelnen Fälle beitrug. Erst im Zusammentreffen erkannten viele Bewohner, dass eine drohende Räumung kein persönliches Problem, sondern eine Angelegenheit der Allgemeinheit darstellte.

Vor allem auf juristischer Ebene hat die Arbeit des Fórum Erfolge zu verzeichnen. Durch die kontinuierliche Denunziation rechtlicher Verstöße der Stadtverwaltung konnte, mit Ausnahme des Seilbahnbaus, eine bis heute andauernde Unterbrechung der Bauarbeiten von *Morar Carioca* erreicht werden. Auch die Pläne für die Rolltreppe liegen derzeit auf Eis, Räumungen in mehreren Teilen der Favela wurden, zumindest vorerst, ausgesetzt. Der vom Fórum geführte gerichtliche und mediale Kampf war also maßgeblich, um vielen von Räumung bedrohten Bewohnern zumindest zunächst ihr Bleiberecht zu ermöglichen. Gleichwohl ist diese stark an legalen Institutionen ausgerichtete Widerstandspraxis mit Blick auf ihren emanzipativen Charakter vehement in Frage zu stellen.

Inhalte und Vorgehensweisen wurden fast ausschließlich durch Personen aus Universität und Partei mit eigenen Karriereinteressen im Sinne von Forschungsarbeiten und professioneller Politik bestimmt. Akademisch geprägte Ausdrucksweisen und Diskurse überwogen gegenüber nichtakademischen Äußerungen und hemmten die Artikulation der Bewohner. Deren Partizipation im *Fórum Comunitário do Porto* war daher stark rück-

läufig, sodass in den Sitzungen des Forums weiße Akademiker, Politik- und NGO-Vertreter nicht nur inhaltlich, sondern mit der Zeit auch zahlenmäßig vorherrschten.

Einen weniger auf bürgerliche Rechte abzielenden Zugang zum Konflikt verfolgt die *Grupo de Educação Popular*. Im Gegensatz zum *Fórum Comunitário do Porto* betrachten die Mitglieder der GEP das emanzipatorische Potenzial der Favelabewohner als Ausgangspunkt für den Kampf um die zukünftige sozialräumliche Konfiguration der Stadt Rio de Janeiro und des Morro da Providência. Die Grundlage hierfür sehen sie in der grundsätzlichen Infragestellung räumlicher und sozialer Verhältnisse und der «Rebellion» dagegen durch die Betroffenen selber. Dementsprechend beabsichtigt die GEP eher eine Mobilisierung und Politisierung der Bewohner auf der Ebene des Alltagslebens sowie die Ermöglichung von Formen der *poder popular*, also einer «Gegenmacht des Volkes» zu den staatlichen Interessen in der Region.

Eine Intention der politischen Praxis der Gruppe liegt deswegen in der Stärkung des nichtakademischen Diskurses der Favelabewohner gegenüber dem hegemonialen Diskurs privilegierter Akademiker, z. B. im Rahmen des Protestforums. Dafür wollte sie eine Volksversammlung schaffen – ein politisches Ziel, auf das langfristig hingearbeitet werden sollte und das den kollektiven Austausch, die Diskussion und Beratschlagung unter den Bewohnern ermöglichen sollte. Im Zusammenhang mit den Massenprotesten im Juni 2013 wurde dies dann weitaus früher realisiert als erwartet.

Das Erbe der Massenproteste

Im Juni dieses Jahres kam es in Brasilien zu den größten Protesten seit Ende der Militärdiktatur. Die anstehenden Mega-Events Männer-Fußballweltmeisterschaft und Olympiade gelten zwar nicht unmittelbar als Grund für die starke Beteiligung an den Demonstrationen, jedoch stehen viele Unzufriedenheiten in der Bevölkerung eng im Zusammenhang mit den Transformationen des Stadtbilds der brasilianischen Metropolen im Hinblick auf die Großereignisse.

Auslöser der Demonstrationswelle war eine Blockade der Hauptverkehrsadern São Paulos als Reaktion auf eine Erhöhung der Preise für den öffentlichen Nahverkehr durch die «Bewegung für freien Transport» (Movimento Passe Livre – MPL). Der symbolische Akt bedeutete für die autonom-libertäre Gruppe eine Widerstandshandlung gegen die kapitalistische Form der Urbanisierung der brasilianischen Metropole und die daraus resultierenden verheerenden Folgen für das Leben der ärmeren BewohnerInnen an der Peripherie. Bei den darauf folgenden Großdemonstrationen in anderen brasilianischen Städten wurde die radikale Kritik der MPL und ihre Forderung nach einem «Recht auf Stadt» für die prekär lebenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Peripherien jedoch größtenteils nicht aufgegriffen. Auch während der Proteste in den Straßen Rio de Janeiros wurden die alltägliche Polizeigewalt in den Favelas, die gewaltsamen Räumungen und die Verdrängung der ärmsten Bevölkerungsteile kaum thematisiert. Untere Einkommenschichten blieben bei den räumlich im Geschäftszentrum der Innenstadt konzentrierten Massenprotesten am 20. Juni insgesamt stark in der Minderheit. Nur vereinzelt kam es zur Bildung eines Blocks mit Bewohnern aus den Favelas, der die Zurückweisung der Räumungen forderte.

Trotz dieser Beschränkungen trugen die zentralen Proteste erheblich zu einer intensiven Politisierung des Alltäglichen und zur Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung Rio de Janeiros bei. In einigen Favelas des Zentrums und der reichen Südzone provozierten sie lokal organisierte Demonstrationen, bei denen die Bewohner eigene Forderungen aufstellten. Im Morro da Providência kam es in diesem Zusammenhang im August zur ersten und seitdem monatlich wiederholten Volksversammlung der Haferegion. Mehrere Protestmärsche wurden mit Bewohnern des Morro da Providência, Obdachlosen, Lehrern, Schülern und Indigenen als gemeinsam Betroffenen des Projekts *Porto Maravilha* durchgeführt. Die Demonstrierenden thematisierten ihre alltäglichen Konflikte: die Räumungen, die Schließung von Schulen und fehlende Gesundheitseinrichtungen vor Ort.

Fazit

Die zukünftige «Entwicklung» der Region ist weiterhin unklar. Der Stopp der Räumungen und Bauarbeiten im Morro da Providência ist der Erfolg eines kollektiven Widerstandsprozesses unterschiedlicher sozialer Kräfte gegen das staatlich verordnete Reurbanisierungsprojekt. Doch ist zu erwarten, dass die Stadtverwaltung ihrerseits den Kampf zur Aufwertung der Region nicht aufgibt und die Fortsetzung der sozialen Spaltung unter den Bewohnern weiter forciert. Zu erwarten sind auch marktgetriebene Verdrängungsprozesse und die Auflösung bestehender sozialer Beziehungen in Folge der immobilienwirtschaftlichen Inwertsetzung der Region. Indem Hauseigentümer wegen der Preisentwicklung in der Region ihre Immobilien veräußern, tragen sie automatisch zum Austausch der sozialen Zusammensetzung bei.

Nichtsdestotrotz können Entwicklungen wie regelmäßige Demonstrationen und die neu geschaffene Volksversammlung als Ausdruck eines Emanzipationsprozesses und als Schritt in Richtung eines «Subjekt-Werdens» der Favelabewohner im umkämpften Terrain der Stadtentwicklung gesehen werden. Die Widerstandspraxis lässt sich als Ausdruck einer Tendenz zur Überwindung herrschaftlich suggerierter Passivität betrachten, die als historische Konstante die Reproduktion der sozialen Ungleichheit im beherrschten Raum Favela ermöglicht.

Luise Meyer ist Mitglied des Arbeitskreises Kritische Geographie. Sie schreibt derzeit ihre Diplomarbeit zu Raumproduktionen in Rio de Janeiro im Kontext der sportlichen Großereignisse und der Hafenvitalisierung.